

Mini-Pensen von Lehrern verbieten

Zürich. – An den Zürcher Volksschulen sollen künftig keine Lehrpersonen mehr beschäftigt werden, die weniger als ein 50-Prozent-Pensum haben. Dies fordern die drei Kantonsratsmitglieder Samuel Ramseyer (SVP), Brigitta Johner (FDP) und Corinne Thomet-Bürki (CVP) in einer gestern eingereichten parlamentarischen Initiative. Ein halbes Pensum wahrzunehmen, sei für alle Lehrpersonen zumutbar.

Sie begründen ihren umstrittenen Vorstoss mit dem zu grossen administrativen Aufwand, welche die Kleinstpensen verursachen. Ebenso könne die Qualität des Unterrichts leiden, wenn zu viele Lehrpersonen in der gleichen Klasse tätig seien. Die drei gehen davon aus, dass die moderate Erhöhung der Pensen die Funktion des Klassenlehrers stärken wird. Dazu müsste auch die Ausbildung angepasst werden. Eine Lehrperson müsste gemäss den drei Initianten mehr Fächer als heute unterrichten können. Heute müssen angehende Primarlehrer vier Pflichtfächer (Deutsch, Mathematik, Mensch und Umwelt und eine Fremdsprache) belegen. Dazu drei Wahlfächer.

Konkret fordern die Initianten, dass Kindergärtnerinnen künftig mindestens 10, Volksschullehrer mindestens 14, Schulleiterinnen und -leiter mindestens 4 und Fachlehrpersonen mindestens 10 Lektionen zu unterrichten hätten – und zwar in der gleichen Schulgemeinde. (sch)